

KOMMENTARE

Zu Wahldebakel und Krise der SPD:

Keine Gewähr

Von Gernot Heller

Manchmal kann einem die SPD schon leidtun – manchmal kann man aber auch nur den Kopf schütteln. Dass die Genossen beim Wahlgang in Thüringen vom hohen Sockel der ältesten Partei mit Volkspartei-Anspruch so tief stürzen, das man fast schon die Fünf-Prozent-Hürde fürchten muss, ist eine fatale Leistung. Schließlich geht es um die Regierbarkeit des ganzen Landes.

Dass sich die SPD just in Zeiten, in denen die Herausforderungen durch extreme Kräfte, durch die immer mehr nach rechts driftende AfD, zunehmen, eine Auszeit in Form ihres wochenlangen Kandidatenrennens genommen hat, ist schwer verdaulich. Jetzt einfach zu sagen, nach dem SPD-Parteitag im Dezember wird alles besser, wie es die kommissarische Parteichefin Malu Dreyer und Generalsekretär Lars Klingbeil tun, ist naiv und schwer zu glauben. Denn was gibt einem die Gewähr, dass die SPD danach plötzlich mit sich im Reinen wäre? Nichts!

Bei der Stichwahl zwischen den Duos Geywitz/Scholz und Esken/Walter-Borjans geht es um den Richtungsentscheid: Raus aus der Großen Koalition oder bleiben? So wie das Ergebnis in der ersten Runde aussah, droht aber ein veritables Patt. Braucht die SPD danach vielleicht die nächste Auszeit? Letztlich scheint bei allem, was in der SPDS und um sie herum passiert, momentan nur eines zu regieren: das Prinzip Hoffnung. Das ist zu wenig für eine Regierungspartei. – Seite 3

Zum Wahlausgang in Argentinien:

Neuer Linksruck

Von Günther Bading

Der Sieg von Alberto Fernandez und seiner Stellvertreterin Cristina Kirchner bei der Präsidentschaftswahl in Argentinien hat eine weit über die eigenen Grenzen hinausgehende Signalkraft. Eigentlich schien die „rosa Welle“ abgeebbt zu sein, die Lateinamerika zum Jahrtausendbeginn eine Reihe links orientierter Regierungen gebracht hatte. Kolumbien wählte einen Konservativen, in Chile löste der Unternehmer Piñera die Sozialistin Bachelet ab. Brasilien entschied sich für den Rechten Bolsonaro. Auch Paraguay und Peru gehören ins Bild.

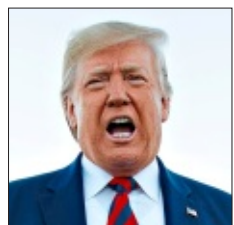
Doch das hat sich geändert. Zunächst in Mexiko mit dem Wahlsieg des linken Lopez Obrador. In Nicaragua hält sich Ortega immer noch im Amt. Und in Venezuela regiert Nicolas Maduro trotz Unruhen weiter. Daher ließen die Sieger denn auch ihre linken Freunde in anderen Staaten hochleben – vor allem Inacio Lula da Silva, den Ex-Präsidenten Brasiliens. Der sei „ungerechtfertigt“ in Haft, ließ Kirchner wissen und forderte seine sofortige Freilassung. Dass er rechtskräftig wegen Korruption verurteilt worden ist, stört sie nicht. Solche Prozesse stehen auch ihr bevor. Oder vielleicht nicht. Denn schließlich stellt ihre Partei jetzt den Präsidenten, und der hat Begnadigungsrecht. – Seite 4

GEWINNER



Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (65) ist mit dem Theodor-Herzl-Preis des Jüdischen Weltkongresses ausgezeichnet worden. Die Ehrung wenige Wochen nach dem Anschlag von Halle solle „ein deutliches Zeichen gegen Juden Hass setzen“, teilte gestern die israelische Kultusgemeinde München mit. Der Preis ehrt Personen, die sich für eine sichere und tolerante Welt für das jüdische Volk einsetzen. –epf/F.: apf

VERLIERER



US-Präsident **Donald Trump** (73) ist beim Besuch eines Spiels der Baseball-World Series am Sonntag in Washington ausgezeichnet worden. Als Trump auf den Großbildschirmen im Stadion der Washington Nationals erschien, ertönten aus den Reihen des Publikums laute Buh-Rufe, Fans skandierten angesichts des von den US-Demokraten angestrebten Amtsenthebungsverfahrens: „Sperrt ihn ein“. – apf/F.: dpa

Die neue Farbenlehre

In einem Gastbeitrag für unsere Zeitung analysiert der renommierte Politikforscher **Werner Weidenfeld** das Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen.

Langeweile im Blick auf die machtpolitische Umsetzung der Wahlergebnisse kommt nicht auf, obwohl die Regierung Ramelow weder spektakulär erfolgreich noch spektakulär erfolglos war. Zu knappe Parteieresultate, zu viele Prozentverschiebungen sind zu registrieren, als dass man alles mit einem „Weiter so“ durchwinken könnte. Die bisherige rot-rot-grüne Koalition verliert ihre Mehrheit – und die AfD gewinnt deutlich dazu. Die klassischen Traditionsparteien CDU und SPD verlieren weiter an Stimmen. Beide werden nun erneut ihre kontroversen Debatten über ihre Führungskonstellationen wieder intensivieren. Die Linke erzielt einen Erfolg, der in dieser Größenordnung gegenwärtig nur in Ostdeutschland mit seiner besonderen Tradition vorstellbar ist. Thüringen als ein Land voller Spannungen zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich zeigt das in einer Wahl besonderer Zuspitzungen.

Der Wahltag gibt den Auftrag, eine neue strategische Perspektive einer zukunfts-fähigen Machtarchitektur zu erarbeiten. Halten wir dazu die Botschaften der Wahl fest:

□ Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung zeigt, wie eine konfliktreiche Vorgeschichte in positive Signale zu übersetzen ist.

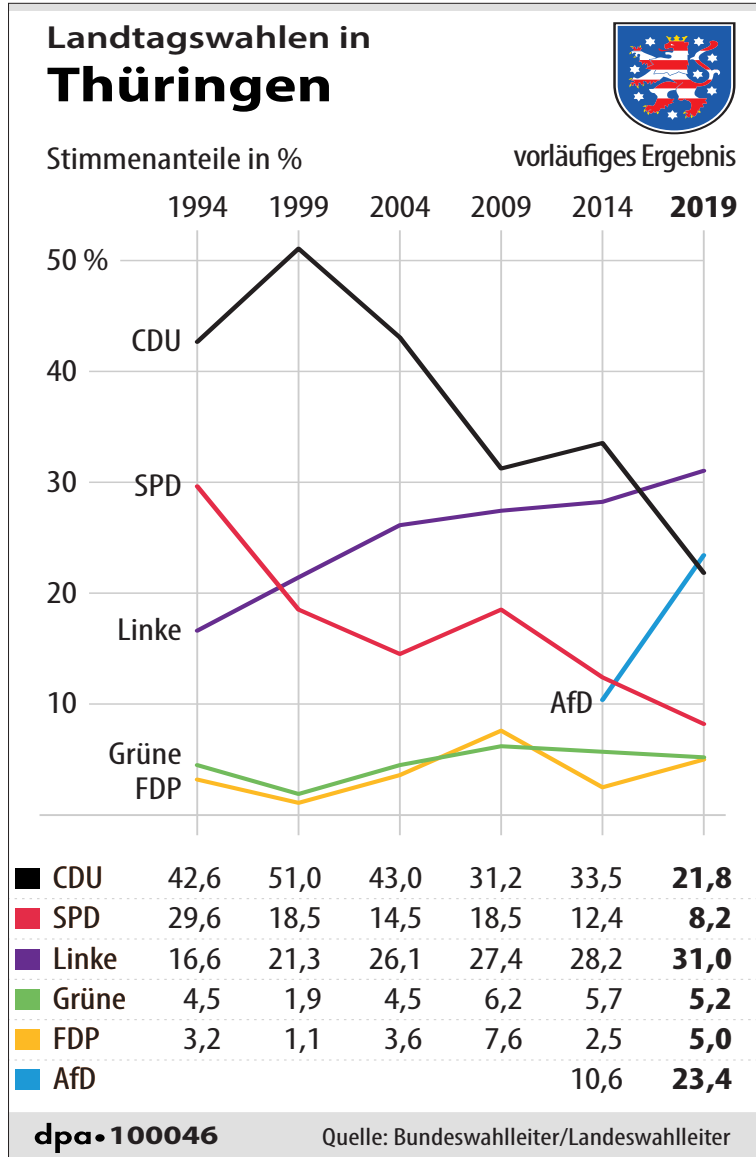
□ Ein beliebter Ministerpräsident mit positiver Zustimmung in fast allen Parteien verliert dennoch mit seiner Koalitionsregierung die Mehrheit.

□ Im herkömmlichen traditionellen Parteidenken bietet sich zunächst keine stabile Koalitionsmehrheit an.

□ Also wird zunächst als Konsequenz eine Suche nach demokratischer Handlungsfähigkeit das Bild dominieren. Die ersten pragmatischen Schritte werden dazu führen, dass der anerkannte Ministerpräsident geschäftsführend im Amt bleibt.

□ Bodo Ramelow (Linke) wird sachliche Problemlösungsperspektiven mit SPD, Grünen, FDP ebenso suchen wie dann auch mit der CDU.

□ Aus dieser Erfahrungszeit heraus werden sich mittelfristig



Diese Grafik dokumentiert den dramatischen Abstieg der Volksparteien in Thüringen, während Linke und AfD deutlich zulegen.

zwei Koalitionsmöglichkeiten ableiten, die es so bisher noch nicht gegeben hat: Linke und CDU – oder Linke, SPD, Grüne, FDP. Scharf formulierte Ablehnungen am Wahlabend werden im Laufe der Zeit ihre bindende Kontur verlieren.

Thüringen zeigt uns ein weiteres Beispiel für den Aufbruch in eine neue Parteienarchitektur. Auch wenn es mit 2,15 Millionen Einwohnern zu den wirklich kleinen Bundesländern gehört, muss das Wahlergebnis in seinen überregionalen Ausstrahlungen und Bedeutungen gesehen werden. In Sachsen hat der Wähler eine andere Koalition empfohlen, nämlich CDU, SPD und Grüne – in Brandenburg die Koalition aus SPD, CDU und Grünen. Zur Bildung einer Zweier-Koalition reicht es nirgendwo mehr. Den politisch-kulturellen Untergrund bilden elementare Trends im Parteiensystem, die auch bei der Europa-Wahl zu beobachten waren: Die Verlierer sind in allen diesen Wahlen die traditionellen Volksparteien CDU und SPD – und zu den Gewinnern gehören in der Regel die AfD und auch die Grünen.

Die elementare Machtarchitektur der Republik, die sich da-

raus ergibt, kontrastiert deutlich mit den Konstellationen früherer Jahrzehnte. Die Republik war von 1949 bis in die Ära Merkel dominiert von zwei Volksparteien: Union und SPD. Je nach Perspektive der FDP stellte die Union oder die SPD den Kanzler. Erst ab 1998 gesellten sich die Grünen in diesen Machtreigen der Kanzlerschöpfung. Eine Große Koalition gab es in den ersten 50 Jahren nur für drei Jahre (1966-1969). Erst nach 2009 kamen neue Machtmuster auf. Die großen Parteien waren nicht mehr so groß wie früher und entsprechend kleiner und alltäglicher wurde die sogenannte Große Koalition. Seitdem galt es auf Bundes- und Länderebene neue Koalitionsformationen zu suchen und zu kreieren. Das alte, einfache Machtkalkül im Blick auf Koalitionspositionen hat seine Stabilität verloren. Der Parteienstaat bebt.

Wie konnte es zu diesem Aufbruch in eine neue Epoche des Parteienstaates kommen, der sich von Wahl zu Wahl wiederholt? Wo sind die Ursachen für diese neue politische Farbenlehre, ja für diesen Abschied von der demokratischen Stabilität zu finden?

Den aufmerksamen Beobachter schmerzt das Deutungs- und Erklärungsdefizit der Politik. Die Erosion der politisch-kulturellen Grundlagen ist unübersehbar. Daher hat der Markt für populistische Einfach-Slogans Hochkonjunktur. Die Dringlichkeit der Fragen zur Stabilität der Republik wächst von Tag zu Tag. Wahlen wie in Thüringen, aber auch vorher in Sachsen und Brandenburg, aber auch in Hessen und Bayern sind jeweils Signale, ja Weckrufe zu dieser demokratischen Befindlichkeit. Die unglaubliche Aggressivität im Vorfeld der Wahl – Morddrohungen, Hassattacken – wird kein Einzelphänomen bleiben. Es ist nicht auszuschließen, dass dies zu einer gewissen Routineerfahrung in politischen Auseinandersetzungen wird.

Die Politik begegnet den großen historischen Herausforderungen – von der Digitalisierung bis zur neuen demographischen Komposition der Gesellschaft, von der neuen Völkerwanderung über die terroristischen Gefahren bis hin zur aktuellen weltpolitischen Risikolandschaft – entweder mit situativem Krisenmanagement oder mit Ratlosigkeit. Die Sehnsucht der Bürger nach strategischen Zukunftsperspektiven bleibt unbeantwortet. Die Politik nimmt Abschied vom kulturellen Horizont der Orientierungsnotwendigkeit.

Jede Gesellschaft verlangt zum elementaren Verstehen des politischen Lebens Deutungsmuster, Kontexte, Gesellschaftsbilder, Zukunftsstrategien. Dazu aber ist nur Fehlansätze zu registrieren. So erklärt sich der aktuelle Abschied von der Stabilität der Republik. Die Landtagswahlen in Thüringen stehen also in einem elementaren Zusammenhang mit den geradezu existenziellen Fehlentwicklungen der politischen Kultur einer Republik, deren Weckrufe offenbar verhallen.

Wir können also festhalten: Der Strukturwandel des Parteienstaates geht dramatisch weiter – jeweils mit regionalen Sonderfärbungen. Wir müssen die neue Farbenlehre der Republik sorgfältig beachten.

DER AUTOR



Prof. Dr. Dr. h.c. **Werner Weidenfeld** ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München sowie Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Salzburg.

„Die CDU hat das Feld der AfD überlassen“

In Thüringen könnte sich eine neue Rechte verfestigen, warnt **Wolfgang Kubicki**, FDP-Vize und Vizepräsident des Bundestags.

Herr Kubicki, wieder einmal eine Zitterpartie für die FDP, die knapp in den Thüringer Landtag einzieht. Warum tun sich die Liberalen im Osten so schwer?

Wolfgang Kubicki: Zunächst einmal sind wir zurück im Thüringer Landtag, und darüber freuen wir uns sehr. Thomas Kemmerich hat einen tollen Erfolg für die Freien Demokraten erkämpft. Ich habe noch nie eine derart knappe Entscheidung erlebt. Aber es stimmt, es gibt in den ostdeutschen Ländern ganze Landstriche, in denen die FDP nicht vertreten

ist. Wir müssen uns in den ostdeutschen Ländern noch stärker engagieren.

Erstmals haben die Parteien der bürgerlichen Mitte bei einer Landtagswahl keine Mehrheit mehr. Ein Alarmsignal?

Kubicki: Der Linken-Politiker und Ministerpräsident Bodo Ramelow ist von den meisten Bürgerinnen und Bürgern offenbar als bürgerlich eingeordnet worden. Der Persönlichkeitsfaktor hat hier den Ausschlag gegeben. Wenn 60 Prozent der Thüringer glauben, die Linken seien eine bürgerliche Partei, ist dieses Wahlergebnis nicht verwunderlich. Dass sich in Ostdeutschland ein harter Kern von AfD-Wählern herausgebildet hat, ist erschreckend. Ein Viertel der Menschen dort hat sich gegenwärtig von der parlamentarischen Demokratie verabschiedet. Das ist mehr



Die CDU erlebe jetzt wie die SPD einen dramatischen Niedergang, sagt Wolfgang Kubicki. – F.: dpa

als eine Protestwahl. Da könnte sich eine neue Rechte verfestigen. Die CDU hat dieses Feld vernachlässigt und der AfD überlassen. Sie wollte sich in der Vergangenheit nicht um diese Wählerinnen und Wähler kümmern.

Die CDU hat dramatisch an Zustimmung verloren und streitet jetzt über Konsequenzen.

Warum verliert die Partei Wahlen in Serie?

Kubicki: Wenn die CDU-Vorsitzende eine Woche vor der Wahl in Thüringen auf die glorreiche Idee kommt, den Einsatz deutscher Soldaten in Syrien ins Gespräch zu bringen, muss man sich nicht über ein solches Ergebnis wundern. Das war instinktiv. Frau Kramp-Karrenbauer hat der CDU in Thüringen im Wahlkampf massiv geschadet. Das muss sie wissen, sie ist lange genug im politischen Geschäft. Da kann einem der CDU-Landeschef Mike Mohring nur leidtun. Die Menschen in Ostdeutschland wollen das nicht. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mit seinem Nein zur Beteiligung am Irak-Krieg einst eine Wahl gewonnen.

Das heißt, die CDU hat ein Führungsproblem?

Kubicki: Die CDU folgt jetzt

ZITATE

Zur Landtagswahl in Thüringen:

„Thüringen ist nicht Deutschland, aber es sind natürlich Entwicklungen, die man sehr ernst nehmen muss.“
CSU-Chef Markus Söder.

„Wir müssen endlich Haltung zeigen statt Beliebigkeit und davon schwadronieren, dass wir jetzt mit den Linken reden.“
Unions-Mittelstandschef Carsten Linnemann (CDU).

„Wer den Brandstiftern jetzt die Hand reicht, der macht sie noch stärker.“

SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil ruft die CDU auf, jeglicher Zusammenarbeit mit der AfD eine Absage zu erteilen.

„Keiner wollte ein Bündnis haben. Alle wollten nur harte Sprüche. Und da sind wir ein bisschen zerrieben worden.“
Grünen-Bundesvorsitzender Robert Habeck über das mäßige Ergebnis seiner Partei.

„Jeder, der am Sonntag die AfD gewählt hat, trägt Mitverantwortung dafür, dass das Fundament unserer Demokratie sukzessive untergraben wird.“
Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden.

„Die Wahlen in Thüringen machen deutlich, dass Rassismus in den neuen Bundesländern mehrheitsfähig geworden ist.“
Gökay Sofuoğlu, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland.

„Aus Sicht des Mittelstands ist es alarmierend, dass in Deutschland Mehrheiten für eine wirtschaftsfreundliche und wachstumsorientierte Politik immer unwahrscheinlicher werden.“

Mario Ohoven, Präsident des Mittelstandsverbandes BVMW.

„Also, Herr Höcke rückt die Partei nicht nach rechts. Herr Höcke ist die Mitte der Partei.“
AfD-Chef Alexander Gauland über seinen rechtsnationalen Parteikollegen und Thüringer AfD-Spitzenkandidaten Björn Höcke.

„Das ist ein Nazi. Das werden wir auch in Zukunft weiter so betonen.“

Tilman Kuban, Vorsitzender der Jungen Union, über Björn Höcke.

„Das Gefühl im Osten, zweitklassig zu sein, ist gefährlich.“
Extremismusforscher Andreas Zick über Gründe für den Stimmenzuwachs der AfD.

„Wenn sich die Parteienlandschaft neu ordnet, müssen grundsätzlich alle demokratischen Parteien gemeinsam vernünftige Lösungen anstreben.“
Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds.

der SPD und erlebt einen dramatischen Niedergang. Frau Kramp-Karrenbauer hat nicht das Format für eine Parteichefin und auch nicht für die Kanzlerkandidatur. Die beiden ehemaligen Volksparteien CDU und SPD kommen gerade noch auf 30 Prozent. Das ist ein bitteres Ergebnis. Die Fliehkräfte in der Großen Koalition nehmen jetzt dramatisch zu. Wenn Friedrich Merz und Armin Laschet ihre Parteichefin nach so kurzer Zeit öffentlich in Frage stellen, ist das ein klares Zeichen. Sie hat keine Autorität mehr, sondern ist nur noch eine Getriebene. Ihre Tage als Parteichefin sind gezählt. Die Union muss jetzt für sich selbst Klarheit schaffen. Auch die SPD muss endlich ihre Führungsfrage klären. Sonst werden die Volksparteien implodieren.

Interview: Andreas Herholz